

# AUSGEPRESST

Widerstand ist fruchtbar - Ernährungssouveränität jetzt!

Zeitung des Aktionsnetzwerks Globale Landwirtschaft zum G8-Gipfel in Heiligendamm Juni 2007

www.g8-landwirtschaft.net

**W**ogende Getreidefelder, grasende Milchkühe oder Furchen ziehende Traktoren – ist in den reichen Industrieländern von Landwirtschaft die Rede, ruft das bis auf den heutigen Tag mehr oder weniger romantisch eingefärbte Bilder wach. Gleichzeitig werden auch unschöne Gedanken an die Oberfläche gespült. Sie kreisen um gesundheitliche Risiken, etwa durch Schweinemastanlagen, pestizidbelastete Böden oder industrielles Treibhaus-Gemüse. Beide Assoziationsreihen haben ihre Berechtigung, und dennoch bleiben zentrale Aspekte unterbelichtet: Zum einen der Umstand, dass Lebensmittel nicht nur qualitätskritisch als bloße Produkte betrachtet werden sollten. Die soziale Situation der ProduzentInnen ist genauso wichtig – erwähnt sei in diesem Zusammenhang, dass weltweit etwa 1,3 Milliarden Menschen in der Landwirtschaft arbeiten. Ausgeblendet wird zum anderen, dass die Herstellung und Vermarktung von Nahrungsmitteln schon lange – Stichwort: Agrobusiness – zu einem brutal umkämpften Wirtschaftszweig geworden ist, mit verheerenden, ja tödlichen Konsequenzen rund um den Globus:

852 Millionen Menschen hungern, ca. 30 Millionen sterben jährlich an den Folgen von Hunger und Unterernährung. Das ist allein deshalb unerträglich, weil quantitativ genug

Nahrung verfügbar ist, selbst in der Mehrzahl jener Länder, wo Hunger herrscht. Hinzu kommt, dass gerade mal ein Zehntel der Hungernden aus Katastrophengebieten stammt. 80

EU kaum noch (klein)bäuerliche Landwirtschaft geben wird – so wie in den USA, wo bereits am Ende des vergangenen Jahrhunderts 68 Prozent aller Agrarprodukte von 8 Prozent

falle schlitterten, wurden sie durch den IWF und die Weltbank zu weitgehenden Marktöffnungen gezwungen. Die EU und die USA haben das genutzt, ihre systematisch erzeugten Agrar-Überschüsse loszuschlagen: Mittels Exportsubventionen wurden die Märkte der betreffenden Länder mit Getreide, Milchprodukten, Fleisch etc. zu Dumpingpreisen überschwemmt (vgl. S. II). Die verschuldeten Länder wurden überdies dazu

Durch ihre schiere Marktmacht schaffen es Zwischenhändler und Supermarktketten wie Aldi oder Lidl, den ProduzentInnen agrarischer Rohstoffe beinahe nach Belieben Abnahmepreise zu diktieren. Dies forciert nicht nur die Konzentrations- und Industrialisierungsprozesse in der Landwirtschaft, sondern treibt auch das Einkommen für LandarbeiterInnen sowie Kleinbauern und -bäuerinnen ins Bodenlose – im Norden genauso wie im Süden (vgl. S. III). Verschärfend kommt hinzu, dass Agrarkonzerne wie Syngenta, Bayer Crop Science oder Monsanto durch die Patentierung von Saatgut überall auf der Welt ProduzentInnen immer stärker in ihre Abhängigkeit bringen. Die eng damit verzahnte Gentechnologie birgt darüber hinaus ganz eigene Risiken – unter anderem für die biologische Vielfalt (vgl. S. III). Schließlich kommt es in den Ländern des Südens regelmäßig zu Landvertreibungen, ob für Kaffeeplantagen in Uganda, Soja-Anbau in Paraguay oder Staudämme in Indien. Anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 machen wir uns für eine ökologisch und (klein)bäuerliche ausgerichtete Landwirtschaft stark – jenseits der brutalen Zwänge des Agrobusiness sowie des kapitalistischen Marktes überhaupt. Zentraler Bezugspunkt ist das ursprünglich von *via campesina* aufgebrachte Recht auf Ernährungssouveränität (vgl. Artikel unten).

## Geraubte Ernte Agrobusiness, WTO & Co. machen Hunger und zerstören ökologische Ressourcen

Prozent sind dagegen Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und Landlose. Sie hungern, obwohl sie in der Landwirtschaft arbeiten. Die Gründe sind vielfältig – sei es, dass sie durch (subventioniertes) Dumpinggemüse aus der EU an den Rande des Ruins getrieben werden, oder dass sie sich bei Saatgutkonzernen heillos verschuldet haben oder dass die Weltmarktpreise für Rohstoffe wie Kaffee, Baumwolle etc. einmal mehr in den Keller gegangen sind. Einziger Ausweg ist häufig die Landflucht, also Abwanderung in die riesigen, jeder Beschreibung spottenden Slums von Millionenstädten wie Bombay, Lagos oder Sao Paolo. Auch in den Industrieländern ist die Zerschlagung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen gang und gäbe – das Schlagwort vom "Bauernsterben" bringt dies ungeschminkt auf den Punkt. In Deutschland machen etwa 5 Prozent der Höfe jährlich dicht, vieles spricht dafür, dass es in einigen Jahren in der

der Höfe produziert wurden. Der weltweite Vormarsch agrarindustrieller Großbetriebe zieht außerdem eine Spur *ökologischer Verwüstung* nach sich – vornehmlich durch Monokulturen, Pestizideinsatz, Kunstdünger, Massentierhaltung und Waldrodungen. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Qualität der Nahrungsmittel und des Grundwassers, auch das Klima wird massiv in Mitleidenschaft gezogen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, dass knapp ein Viertel des Treibhauseffektes auf die Darmgase von Kühen und Schafen zurückzuführen ist.

Wer diese und weitere Verwerfungen verstehen möchte, muss nicht nur sämtliche Glieder der so genannten Nahrungskette, sondern auch die Regierungen der reichen Industrieländer sowie internationale Organisationen – etwa den IWF oder die WTO – in den Blick nehmen:

Als in den 1980er Jahren zahlreiche Länder des Südens in die Schulden-

verdonnert, ihre landwirtschaftliche Produktion verstärkt auf weltmarkt-gängige Exportprodukte wie Soja, Kakao oder Schnittblumen umzustellen. Schließlich sollte gewährleistet werden, dass sie genug Devisen erwirtschaften, um ihre Schulden bei den internationalen Gläubigerbanken zu begleichen. Hierdurch ist nicht zuletzt fruchtbares Land für die kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion verloren gegangen (vgl. S. III). Im Rahmen der WTO-Verträge und ähnlicher, den armen Ländern meist aufgenötigter Freihandelsabkommen wird die Politik der systematischen Marktöffnung bis heute unverändert fortgeführt – mit der Konsequenz, dass sich mittlerweile auch agrarindustrielle Großbetriebe aus dem Süden an der Zerstörung lokaler Märkte durch Billig-Exporte beteiligen, beispielsweise wird thailändischer oder vietnamesischer Reis in großem Stil nach Indonesien exportiert (vgl. S. IV).



Alle kennen den süßen Geschmack von Orangen, die leuchtenden Farben roter Paprikas. Aber leider ist es wenigen bekannt, unter welchen Bedingungen Obst und Gemüse hergestellt werden. Ausgerüstet mit zwei Fotoausstellungen, zwei Tonnen Orangen, Veranstaltungen und Infomaterial zieht vom 3.-11. März eine 10köpfige Aktionsgruppe von Österreich quer durch Deutschland. Ihr Ziel: auf die miserablen Arbeitsbedingungen in der „industriellen Landwirtschaft“ aufmerksam zu machen und gegen den G8-Gipfel zu mobilisieren. Die Fotos dieser Zeitung sind den oben genannten Ausstellungen: „Der bittere Geschmack von Orangen“ und „Plastikmeer am Rande Europas“ entnommen. Mehr zur Infotour auf Seite 4.

**B**äuerliche Bewegungen gehören zu den größten und schlagkräftigsten VerfechterInnen einer anderen Welt. Dieser in Europa kaum beachtete Umstand sollte nicht verwundern. Denn es sind insbesondere Kleinbauern und -bäuerinnen, Landlose und LandarbeiterInnen, welche bereits seit den 1980er Jahren die Auswirkungen neoliberaler Politik mit voller Wucht am eigenen Leib erfahren. Zentrum des Widerstands sind bis heute Landbesetzungen – im Kampf gegen Landlosigkeit und Vertreibungen. Weltweit bekannt geworden ist die brasilianische Landlosenbewegung MST. Seit ihrer Gründung vor 20 Jahren ist es ihr gelungen, Land für über eine halbe Million Familien zu erstreiten. Landvertreibungen haben häufig mit Großbauprojekten wie Staudämmen

oder Ölpipelines zu tun, die Proteste richten sich deshalb auch hiergegen. Nicht selten geht es um das Überleben indigener Gemeinschaften, wie z.B. beim Kampf der Adivasi-Gemeinschaften und der Dalits gegen

nach Europa. Nicht minder wichtig sind die Proteste gegen die Agrarpolitik der reichen Industrieländer – erinnert sei an die von koreanischen Bauern und Bäuerinnen maßgeblich angeführten Demonstrationen an-

rechnungssouveränität umfasst mehr als das Recht auf freien Zugang zu einer ausreichenden Menge gesunder, nahrhafter und kulturell üblicher Lebensmittel. Vielmehr ist auch das Recht gemeint, Nahrung in bäuerlicher, d.h. nicht-industrialisierter Produktion herstellen zu können und somit das Recht, über die hierfür erforderlichen Produktionsmittel zu verfügen, insbesondere Land, Wasser und Saatgut. Das Recht auf Ernährungssouveränität spricht sich also für ein in jedweder Hinsicht umfassendes Verständnis von Selbstbestimmung aus – und stellt nebenbei die herrschenden Eigentums- und Verteilungsverhältnisse grundsätzlich in Frage. Das ist sein radikaler, weit über die (selbstbestimmte) Produktion und Konsumtion von Nahrungsmitteln hinausgehender Kern! Mehr Infos: <http://viacampesina.org>

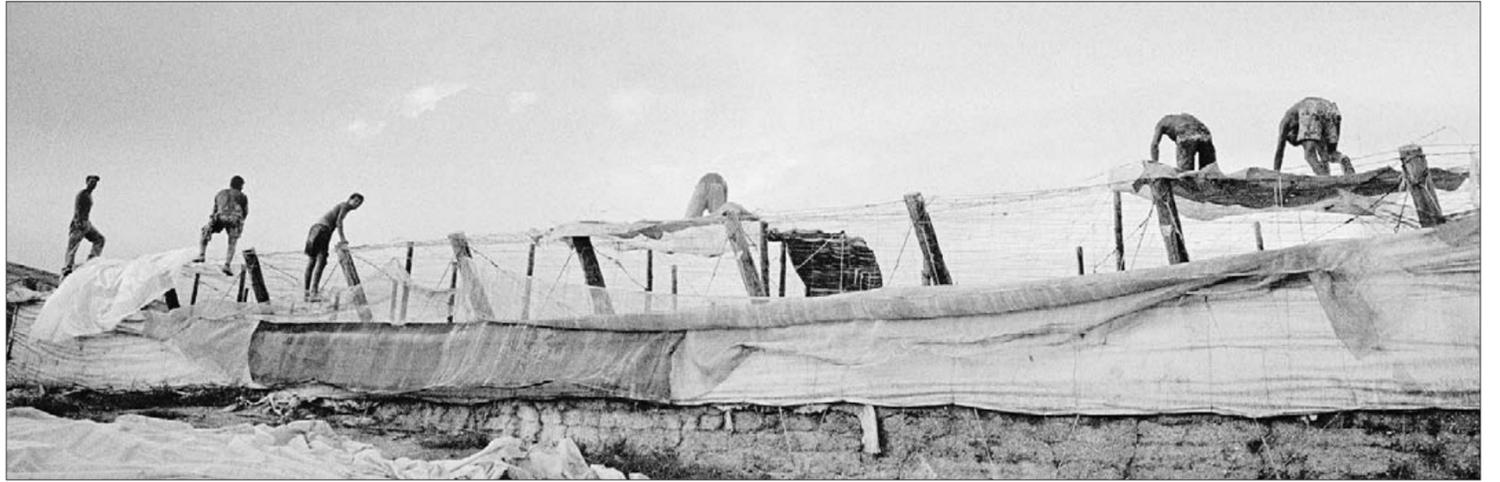
## Weltweiter Widerstand

Ernährungssouveränität als politisches Programm

Bauxitabbau in Kashipur/Indien. Ein weiterer Fokus bäuerlicher Bewegungen ist der Kampf um Wasser und Saatgut. In Südbrasilien zerstörten z.B. im März 2006 1500 Bauern und Bäuerinnen 5 Millionen Eukalyptusbäume, die ihnen das Grundwasser weggesaugt hatten. Regelmäßig werden auch Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen abgeerntet bzw. abgebrannt – mit Vorbildfunktion bis

lässlich der WTO-Konferenzen in Cancun und Hongkong. Als programmatischer Dreh- und Angelpunkt hat sich mittlerweile das *Recht auf Ernährungssouveränität* herausgeschält. Die Forderung stammt ursprünglich von *via campesina*, einem weltweiten Zusammenschluss von Kleinbauern und -bäuerinnen, LandarbeiterInnen und Landlosen mit ca. 200 Mio. Mitgliedern. Ernäh-

Als sich der koreanische Bauerngewerkschafter Lee Kyung Hae bei Protesten gegen die Welthandelsorganisation WTO im September „2003 das Leben nahm, trug er ein Schild mit der Aufschrift „WTO kills farmers“. Viele Mit-DemonstrantInnen erfuhren später, in einem von ihm verfassten Brief, von seinem täglichen Überlebenskampf als Bauer in Korea. Dieser Brief erzählt von billigen Agrarimporten, die den koreanischen Markt überschwemmen, von der Unmöglichkeit, mit diesen Produkten zu konkurrieren, vom Selbstmord eines hochverschuldeten Nachbarn und verlassenen Reisfeldern. Lees Geschichte ist kein Einzelfall. Weltweit haben Bauern und Bäuerinnen mit immer geringeren Erlösen für ihre Produkte zu kämpfen. Oft bleibt ihnen keine andere Wahl, als aus der Landwirtschaft auszusteigen – in der EU geben etwa 2.000 Höfe pro Woche auf. Die treibenden Kräfte hinter dem Preisverfall und dem schärfer werdenden Wettbewerb in der globalen Landwirtschaft sind die Liberalisierung der Agrarmärkte, die Agrarpolitiken der Industrieländer und nicht zuletzt das Agrobusiness. Insbesondere die Länder des Südens haben ihre Agrarmärkte seit den 80er Jahren radikal geöffnet, sprich Zölle abgebaut. Dazu wurden sie von Weltbank, internationalem Währungsfonds IWF und somit den reichen In-



Keine Chance für kleinbäuerliche Höfe gegenüber der industriellen Landwirtschaft. In der südspanischen Provinz Almería werden unter einem riesigen Meer aus Plastik rund drei Millionen Tonnen Treibhausgemüse für den europäischen Markt produziert. Das „Plastikmeer“ ist selbst vom Mond aus erkennbar – und es breitet sich weiter aus.

dustriestaaten gezwungen – denn nur wer seine Märkte liberalisierte, bekam Kredite. In der WTO und in bilateralen sowie regionalen Freihandelsverträgen wurden und werden diese Marktöffnungen ausgeweitet. Für die bäuerliche Landwirtschaft bedeutet das, auf einem immer globaler werdenden Markt mit technisch hochgerüsteter Massenproduktion und weltweit agierenden Agrarkonzernen zu konkurrieren – und zu verlieren. Neben der Liberalisierung heizen die exportorientierten Agrarpolitiken des

Nordens den Verdrängungswettbewerb in der Landwirtschaft weiter an. Ein Beispiel ist der EU-Milchmarkt. Die politisch gewollte Überproduk-

tion treibt die Milchpreise in Europa in den Keller und verschafft der hiesigen Ernährungsindustrie damit billigere Rohstoffe. Gleichzeitig setzen Exporteure den Überschuss auf dem Weltmarkt ab – zu Preisen, die oft unterhalb der Produktionskosten liegen. Im Jahr 2001 z.B. exportierte die EU Magermilch zu einem Preis, der nur die Hälfte der ErzeugerInnenkosten deckte. Die Folge: Ob in Jamaika oder Westafrika, die gedumpten Produkte trieben im Importland die Preise in den Keller und die bäuerliche Landwirtschaft in den Ruin. Diese Dumpingpolitik wird möglich durch ein ausgeklügeltes Subventionssystem. Einerseits zahlt die EU etwa 3,7 Mrd. Euro Exportsubventionen an Exporteure (nicht Bauern und Bäuerinnen!), damit diese ihre Produkte unterhalb des EU Preises auf dem Weltmarkt verramschen können. Andererseits werden die europäischen

ProduzentInnen durch Direktzahlungen zumindest teilweise für die niedrigen Preise entschädigt. Das wiederum trägt indirekt zum Dumping bei. noch 27,7 Cent erhalten – bei 32 Cent Produktionskosten. In Kenia verhindern die Auflagen europäischer Supermärkte zur Größe von Lieferungen, Hygiene und Verpackung, dass kleinere ProduzentInnen überhaupt in den Exportmarkt einsteigen können. Der Sektor ist dort inzwischen in den Händen weniger Großproduzenten.

## Die andere Eroberung

Marktöffnung – Subventionen – Agrobusiness

tion treibt die Milchpreise in Europa in den Keller und verschafft der hiesigen Ernährungsindustrie damit billigere Rohstoffe. Gleichzeitig setzen Exporteure den Überschuss auf dem Weltmarkt ab – zu Preisen, die oft unterhalb der Produktionskosten liegen. Im Jahr 2001 z.B. exportierte die EU Magermilch zu einem Preis, der nur die Hälfte der ErzeugerInnenkosten deckte. Die Folge: Ob in Jamaika oder Westafrika, die gedumpten Produkte trieben im Importland die Preise in den Keller und die bäuerliche Landwirtschaft in den Ruin. Diese Dumpingpolitik wird möglich durch ein ausgeklügeltes Subventionssystem. Einerseits zahlt die EU etwa 3,7 Mrd. Euro Exportsubventionen an Exporteure (nicht Bauern und Bäuerinnen!), damit diese ihre Produkte unterhalb des EU Preises auf dem Weltmarkt verramschen können. Andererseits werden die europäischen

In punkto Direktzahlungen geht jedoch gerade die kleinbäuerliche Landwirtschaft oft leer aus: Über die Hälfte der Gelder geht an nur 7% der europäischen Betriebe. 78% der Höfe erhalten noch nicht einmal 5.000 Euro Zuschüsse im Jahr und sind damit der Niedrigpreisspirale beinahe schonungslos ausgesetzt wie ihre KollegInnen im Süden. Gleiches gilt für die Dominanz des Agrobusiness. Weltweit kontrollieren Konzerne wie *Cargill* oder *Nestlé* den Handel, Export und die Weiterverarbeitung von Agrarprodukten. Die Folge: ProduzentInnen können zwischen immer weniger Käufern wählen und sind deren Preisdiktaten ausgeliefert. Auch Supermarktketten wie *Aldi* oder *Lidl* nutzen ihre Marktmacht entsprechend. In Deutschland hat ihr Kampf um Marktanteile bei Milch dazu geführt, dass Bauern und Bäuerinnen für den Liter Milch nur

Die Marktmacht transnationaler Agrar-Konzerne weist also auch die vermeintlichen Chancen von Agrarexporten aus dem Süden für die Armutsbekämpfung in ihre Grenzen. Das zeigt das Beispiel Kaffee: Nur 10% des Verkaufswerts der braunen Bohne landen in den Taschen der Bauern und Bäuerinnen, die ihn produzieren. Den Löwenanteil schöpfen Händler und Röster wie *Philip Morris* oder *Nestlé* ab. Eine Politik, die weltweit die Rohstoffpreise niedrig hält und dem Handel mit Agrarprodukten möglichst viele Schranken aus dem Weg räumt, nutzt denen, die Rohstoffe kaufen und weiterverarbeiten und die damit global handeln, kurz: transnationalen Agrarkonzernen. ProduzentInnen nutzt sie nicht – im Norden wie im Süden. Deshalb: WTO kills farmers! Und ergänzend: IWF, Weltbank sowie die derzeitige europäische Agrarpolitik ebenso.



Ein marokkanischer Arbeiter: „Hier ist alles aus Plastik, ob zum Arbeiten, zum Schlafen oder zum Duschen. Wir verbringen unser ganzes Leben unter Plastik. Wir sind hierher gekommen, um unser Leben zu verändern, aber wir haben nirgendwo einen Platz zum Schlafen. Kein Spanier würde es hinnehmen, nur eine einzige Nacht hier zu verbringen.“

Industrialisierte Landwirtschaft zielt weltweit auf hohe Erträge – einschließlich entsprechender Gewinne. Grundvoraussetzung sind große homogene Flächen, welche sich kostengünstig mit Maschinen und Chemie, also geringem Personalaufwand bearbeiten lassen. Meist steht deshalb die großflächige Zerstörung von Naturräumen am Anfang industriell ausgerichteter Landbewirtschaftung: Wälder werden gerodet oder abgebrannt, Moore trockengelegt und Grünland umgebrochen. Wo vorher artenreiche Ökosysteme mit wichtigen Funktionen wie zum Beispiel Kühlung, Kohlenstoffbindung oder Wasserreinigung existierten, bestimmen nunmehr Monokulturen das Bild. Häufig sind derartige Eingriffe bzw. Naturraumveränderungen irreversibel, das heißt der ursprüngliche „Naturzustand“ ist nicht wiederherstellbar. Eine Folge ist, dass Stoffkreisläufe unterbrochen werden, wodurch riesige Mengen Kohlendioxid in die Luft gelangen, was seinerseits dem Klimawandel direkt in die Hände spielt. Hinzu kommt, dass Pestizide ins Grundwasser sickern, und Humusbildung durch kontinuierliches Abernten der Kulturen verhindert wird. Beides zusammen führt zur Auslaugung des Bodens und somit zu Erosion bzw. Bodenverlust. Hieran kann auch verstärkter Chemieinsatz ‚von außen‘ nichts ändern. Vielmehr wird so ein einziger Teufelskreis er-

öffnet, mit der Konsequenz, dass am Ende vollkommen degradierte Flächen übrig bleiben, welche weder ein funktionstüchtiges Ökosystem darstellen noch weitere Landbewirtschaftung zulassen.

delt werden. Nicht minder problematisch ist die vom globalen Fleischhunger angetriebene Massentierhaltung, auch sie arbeitet kräftig am Klimawandel mit: Zum einen weil Wälder für Weiden und Futterbau gerodet

*Erstens:* Eine (klein)bäuerliche Landwirtschaft orientiert sich eher an der Deckung regionaler Bedürfnisse und ist weniger auf den Export der Produkte ausgerichtet.

*Zweitens:* Traditionelle Bewirtschaftungsmethoden haben sich über Generationen fortentwickelt und sind damit meist besser an örtliche Verhältnisse angepasst. Hierzu gehört insbesondere eine breitere Palette von Anbauprodukten sowie nicht chemische Bewirtschaftung. Praktisch hat das einen höheren Arbeitsaufwand zur Folge, heißt aber nicht, auf Traktoren oder Mähdrescher verzichten zu müssen.

*Drittens:* Eine breitere Palette an Anbaukulturen beugt der Auslaugung des Bodens vor, erhöht die Biodiversität auf der bewirtschafteten Fläche und ist somit robuster gegenüber Schädlingsbefall und Wetteranomalien.

*Viertens:* Eine Welternährung durch kleinstrukturierte Landwirtschaft ist also durchaus möglich – zumindest unter der Voraussetzung, dass weniger Fläche für die Fleischproduktion (Futteranbau und Weidefläche) verbraucht und der Biokraftstoffboom abgewendet wird. Dann stünden ausreichend Flächen für eine nachhaltigere Flächenbewirtschaftung zur Verfügung, mit dem Ziel einer überwiegend regional ausgerichteten Lebensmittelversorgung.

## Klimakiller Agrarindustrie

Bäuerliche und ökologische Landwirtschaft als Alternative?

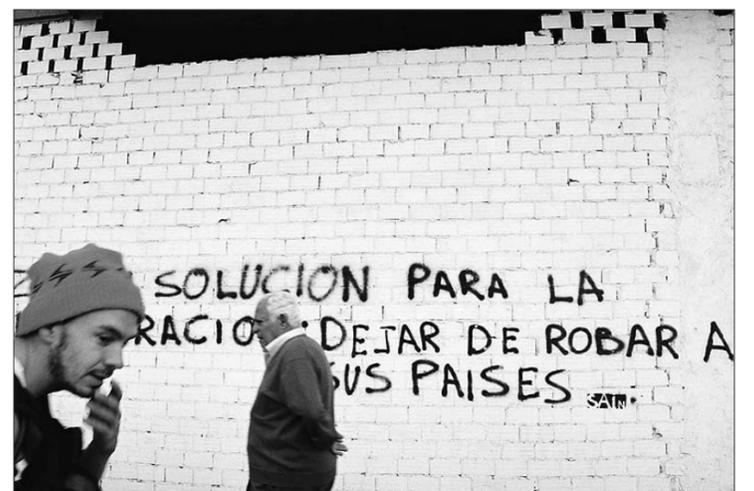


„Hier werden alle Menschen mit vierzig Jahren an Krebs sterben. Die Treibhäuser sind voll mit Gift, es ist eine ungesunde, tötende Arbeit.“ Manuel (Arbeiter)

Im Übrigen reiht sich der Anbau nachwachsender Rohstoffe für die immer noch als „grün“ bzw. „ökologisch“ geltenden Biokraftstoffe (*Bioethanol* und *Biodiesel*) in die gleichen monokulturellen Anbaupraktiken ein. Biokraftstoffe verdienen deshalb eher das Etikett eines Klimakillers, auf keinen Fall sollten sie als umweltfreundlicher Ersatz für Erdöl gehan-

werden, zum anderen weil Rinder und Schafe das klimaschädliche Methan ausatmen und aus den tierischen Exkrementen Lachgas entweicht – beide Gase sind um ein Vielfaches klimaschädlicher als CO<sub>2</sub>. Das ist auch der Grund, weshalb die UN-Welternährungsorganisation FAO in einem erst jüngst veröffentlichten Bericht die verdutzte Öffentlichkeit hat wissen lassen, dass Viehzucht weltweit mehr Treibhausgase produziert als das gesamte Transportwesen.

Als Alternative dürfte nur eine Landnutzung in Frage kommen, welche nicht gegen die Natur anwirft, sondern sich als Teil von ihr begreift. Kann dies eine (klein)bäuerliche, ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft überhaupt leisten? Vieles spricht dafür:



Zapatero: „Eine Lösung für die Immigration: aufzuhören, ihre Länder auszubeuten“

In den vergangenen 25 Jahren hat sich der weltweite Fleischkonsum nahezu verdoppelt – und alles spricht dafür, dass dieser Trend unverändert anhalten wird. Die unweigerlich hiermit verknüpfte Massentierhaltung geht mit beträchtlichen Verwerfungen einher, sowohl hier zu Lande (vgl. S. II), als auch in Lateinamerika. Hintergrund ist, dass die europäische Rinder-, Schweine- und Geflügelmast ohne importierte Futtermittel nicht auskommt, einzig deshalb ist die jährliche Sojaproduktion in Argentinien und Brasilien zwischen 1974 und 2004 von 10,4 Millionen auf 83,4 Millionen Tonnen angewachsen. Die gezielte Ansiedlung großflächiger, meist gentechnisch veränderter Monokulturen geht nicht nur zu Lasten des Regenwalds – beispielsweise in Brasilien, wo 70 Prozent der Entwaldungen auf den Soja-Anbau zurückzuführen sind. Auch die kleinbäuerliche, häufig indigene

Armee und Großgrundbesitzer kooperieren eng – meist in Abstimmung mit korrupten Staatsbeamten. Nur so ist es gelungen, die Soja-Produktion in Paraguay seit dem Jahr 2000 von 1,1 auf 2,5 Millionen Hektar auszuweiten, unter maßgeblicher

## Soja-Irrsinn

### Über Tiermast, Holzeinschlag und Landvertreibungen

Beteiligung großer Konzerne wie *Mosanto* oder *Cargill*. Die Bevölkerung leidet nicht nur unter Vertreibungen; Landlosigkeit und massiver Repression gegenüber AktivistInnen, auch ihre Gesundheit wird durch exzessive Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf benachbarten Soja-plantagen stark in Mitleidenschaft gezogen. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass seit der flächendeckenden Einführung genmanipulierter Sorten der Verbrauch von Herbiziden durchschnittlich von einem auf zehn

Einer der zentralen Wesenszüge kapitalistischer Wirtschaft ist der ständige Wachstumszwang. Immer wieder gilt es, neue Geschäftsfelder zu erschließen, das heißt neue Bereiche in die kapitalistische Wertschöpfungskette 'reinzuziehen'. Das ist in der Landwirtschaft nicht anders als in der Automobil- oder Computerindustrie. Global gesehen ist die Landwirtschaft noch immer von Kleinbauern und -bäuerinnen geprägt, welche für die eigene Ernährung sowie lokale Märkte produzieren. Oftmals ist kein Geld vorhanden, um teures Saatgut oder Dünger zu kaufen. Das Saatgut wird stattdessen selbst produziert oder lokal getauscht. Die angebauten Pflanzen gehören meist nicht zu den „Cash-Crops“, also zu den Rohstoffen wie Soja oder Kaffee, die weltweit gehandelt werden. Mit anderen Worten: Aus Sicht der Agrarkonzerne gibt es noch vieles zu erobern. Doch dafür müssen zunächst die Kleinbauern und -bäuerinnen entmachtet werden, erst dann können die Global Players der Nahrungsproduktion entscheiden, was, wo und unter welchen Bedingungen angebaut wird. Einer der wichtigsten Schritte dorthin ist die Kontrolle über das Saatgut. Durch die Einführung von Hybrid- bzw. Hochertragssorten wurde hiermit bereits im Zuge der so genannten „Grünen Revolution“ begonnen. Denn Hochertragssorten erbringen nur einmal eine wirklich gute Ernte, die Bauern und Bäuerinnen müssen deshalb jedes Jahr neues Saatgut kaufen. Sie können also nicht wie bisher einen Teil der eigenen Ernte wieder ausbringen. Das kostet einerseits Geld, andererseits Unabhängigkeit, auch deshalb, weil das Wissen verloren geht, wie man selber züchtet. Verschärft wird dieses Problem durch

die Biopiraterie, das heißt die rechtliche Aneignung unserer durch tausende Jahre Züchtung entstandenen Kulturpflanzen. Praktisch erfolgt dies mit Hilfe von Sortenschutzregelungen, Patenten und Markenschutzabkommen, denen durch WTO- und andere Freihandelsabkommen weltweit Gültigkeit verschafft wird. So kann sich eine Bäuerin strafbar machen, wenn

blicher Anwendung einer patentierten Züchtungsmethode. In vielen Ländern ist die Wiederaussaat der eigenen Ernte und das Tauschen von Saatgut mittlerweile verboten. Mit Hilfe der Gentechnik ist es außerdem noch einfacher geworden, auf alle mögliche Pflanzen – aber auch auf Nutztiere – Patente zu bekommen. Schon eine kleine Veränderung am Erbgut reicht, um ein Patent durchzusetzen.

Allerdings ist die Entwicklung von Hybridsorten ein teures Unterfangen und das gilt noch viel mehr für genmanipulierte Pflanzen. Deswegen gibt es nur sehr wenige Sorten, die weltweit tatsächlich angebaut werden. Monokulturen und Massentierhaltung haben traditionelle Sorten verdrängt bzw. weitgehend vernichtet. So wurden um 1900 in Indien ca. 30.000 Reissorten angebaut – heute sind es noch ganze 12! Fast alle industriell gehaltenen Kühe in Deutschland stammen von den gleichen 2 Zuchtbullen ab. Das ist eine unglaubliche Bedrohung der Biodiversität. Denn die genetische Vielfalt ist ein entscheidende Grundlage für die Zucht und Erhaltung unserer Kulturpflanzen. Geht sie verloren, ist damit die gesamte Landwirtschaft und damit unser Überleben gefährdet.



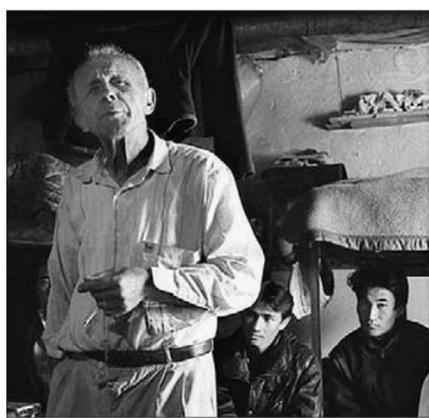
Arbeiter bei der Orangernte in der Argolis, Griechenland. Sein Lohn: 1,6 Cent je Kilo

## „Grünes Gold“

### Agrarkonzerne bringen Kulturpflanzen & Saatgut unter ihre Kontrolle

sie einen Teil ihrer Ernte als Saatgut zurückbehält, ohne Gebühren an jene Agrarkonzerne zu zahlen, welche die Rechte für die jeweiligen Pflanzen 'besitzen'. Konsequenzen dieses Krieges der Saatgutkonzerne gegen Kleinbauern sind z.B. eine Klage in Frankreich gegen eine „Erhaltungsinitiative“ wegen Weitergabe von „illegalem Saatgut“ oder die Verurteilung eines Bauern in Indonesien wegen ange-

wurden Sorten geschaffen, die nur ein einziges mal aufgehen. Die Ernte dieser Pflanzen kann nicht als Saatgut zurückgehalten werden, sie ist nicht mehr keimfähig. Bis jetzt gibt es diese Pflanzen nur im Labor, zu stark waren die weltweiten Proteste. Sorgen wir dafür, dass das so bleibt!  
www.biopiraterie.de  
www.keine-gentechnik.de  
www.dosto.de/gengruppe/



Die Arbeit auf Orangenplantagen wird hauptsächlich von Flüchtlingen aus Afghanistan betrieben, die in Griechenland Zuflucht vor Krieg und ethnischer Verfolgung fanden.

Bevölkerung sieht sich massiver Verfolgung ausgesetzt. Exponiertes Beispiel ist Paraguay, wo Kleinbauern und -bäuerinnen bereits seit Jahren brutal von ihrem Land verjagt werden – insbesondere dort, wo Gemeinschaften sich weigern, ihre Landnutzungsrechte an Agenten der Soja-Industrie zu verkaufen oder (wieder) besetztes Land freizugeben. Polizei,

Liter pro Hektar gestiegen ist. Kurzum: Insofern Soja als Futtermittel zum Einsatz kommt, attackiert die Fleischproduktion in Europa unmittelbar den Anbau lokaler Nahrungsmittel in Lateinamerika. An dieser bereits seit Jahrzehnten bekannten Tatsache führt bis heute kein Weg vorbei.  
www.aseed.net

% aus Polen), welche sich mit durchschnittlichen Löhnen zwischen 3,50 und 4 Euro begnügen müssen. Demgegenüber sind in Südspanien vor al-

Almeria etwa 80% der spanischen Gemüseexporte.

Diese Internationalisierung der Arbeitsmärkte verläuft parallel zur Internationalisierung des Einzelhandels, welcher weltweit in immer größerem Ausmaß direkt bei den ProduzentInnen einkauft – unter ausdrücklicher Umgehung von Zwischenhändlern. Zum Beispiel stammen 80% des in der BRD konsumierten Orangensaftes aus dem brasilianischen Bun-

desstaat Sao Paulo. Dabei teilen sich nur acht große Hersteller den brasilianischen Orangenmarkt auf. Die 250.000 teilweise bei Leiharbeitsfirmen angestellten PflückerInnen verdienen dort einen Grundlohn von ca. 80 Euro im Monat.

Expandierende Einzelhandelsunternehmen wie Lidl mit mittlerweile über 150.000 Angestellten in rund 3.500 Filialen weltweit operieren allerdings nicht nur mit Preisdiktaten für die ProduzentInnen. Unter Lohndumping haben vielmehr auch die Angestellten des Discounters selbst zu leiden: minimale Personalkosten und "Gewerkschaftsfreiheit" sind deshalb Kernbestandteile der Unternehmensstrategien von Lidl & Co. Gleiches gilt für Umweltstandards. Denn ‚mehr, schneller, billiger‘ hat nicht zuletzt einen hohen Pestizid-Einsatz zur Folge. Kein Wunder daher, dass Lidl im Jahr 2006 von Greenpeace mit dem "Pokal für maximale Pestizidbelastung" ausgezeichnet wurde.

Um erfolgreiche Auseinandersetzungen um Alternativen zur Discountierung der Lebensmittelversorgung führen zu können, müssen solidarische Beziehungen entlang der (internationalen) Wertschöpfungsketten geknüpft werden: zwischen LandarbeiterInnen, kleinen ProduzentInnen, Beschäftigten in den Läden und KonsumentInnen. Ernährungssouveränität, verstanden als Konzept sozialer Rechte von ProduzentInnen und KonsumentInnen würde das System Lidl unmöglich machen.

Wenn die Supermarktkasse klingelt, ist das letzte Glied der so genannten Wertschöpfungskette in der Globalen Landwirtschaft erreicht. Genau an dieser Schnittstelle zu den KonsumentInnen entstehen die Profite, welche für die enormen Gewinne des Einzelhandels verantwortlich sind. Während die Preise bei den meisten Produkten für die ErzeugerInnen immer weiter sinken, gelingt es den Billig-Anbietern von Lebensmitteln Jahr für Jahr, ihre Gewinne zu steigern (in Deutschland beträgt ihr Marktanteil mittlerweile 40 Prozent).

Grund sind die enormen Konzentrationsprozesse innerhalb des Einzelhandels. Denn hierdurch ist es den Einzelhandelsketten möglich, einen ständigen Druck auf die Hersteller ihrer Waren auszuüben – während sie zugleich selber unter Konkurrenzdruck stehen. In Frankreich teilen sich zum Beispiel die fünf Einkaufszentralen der größten Supermarktketten 90 Prozent des Lebensmittelmarktes. Gestützt auf ihre marktbeherrschende Stellung zwingen sie ihre Lieferanten immer wieder zu neuen Preisnachlässen von einigen Prozentpunkten. Meist bleibt diesen nichts übrig, als sich dem Preisdruck zu beugen. Denn wenigen Abnehmern stehen viele Anbieter gegenüber – und zwar mit standardisierten und deshalb beliebig austauschbaren Produkten. Die Lieferanten sind mehrheitlich die großen Konzerne der Le-

bensmittelindustrie, denn heutzutage werden ca. 80 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion direkt verarbeitet. Hieraus folgt, dass die LandwirtInnen als bloße Rohstofflieferanten von der Lebensmittelindustrie genauso abhängig sind wie diese von den Einzelhandelsketten.

Auf der untersten Sprosse der Preisdruckleiter stehen in der Regel LandarbeiterInnen. In Deutschland sind es zumeist Saison-ArbeiterInnen aus Osteuropa (ca. 85

lem Flüchtlinge und papierlose MigrantInnen beschäftigt – sie erwirtschaften unter den endlosen Plastikplanen der Gewächshäuser rund um

der Umgehung von Zwischenhändlern. Zum Beispiel stammen 80% des in der BRD konsumierten Orangensaftes aus dem brasilianischen Bun-

## Preisdiktate

### Der Lebensmittelhandel ist kein Ponyhof



Die Arbeiter wohnen in Gebäuden, die sonst als Lager auf den Feldern benutzt werden. 15 Personen teilen sich 30 qm. Oft gibt es über lange Zeit keine Arbeit. Dann bleiben die ErntehelferInnen wartend in den engen Zimmern. Sich frei bewegen können sie nicht. Obwohl sie während der Erntezeit de facto geduldet sind, droht ihnen Abschiebung, wenn sie ohne Dokumente aufgegriffen werden.



Aufbruchstimmung: Die LandarbeiterInnen in Südspanien beginnen sich in der Basisgewerkschaft SOC gegen die miserablen Arbeitsbedingungen und für höhere Löhne zu organisieren.

**W**e don't eat flowers, we need food!" – Wir essen keine Blumen, wir brauchen Nahrung!

Die Bauern und Bäuerinnen einer Demonstration im kenianischen Nairobi skandieren den Slogan so lange, bis der Vorsitzenden der heimischen Blumenindustrie aufgibt, er tritt, ohne ein Wort verloren zu haben, vom Rednerpult zurück. Wollte er doch für die „EPAs“, die Economic Partnership Agreements werben. EPAs sind weitreichende Liberalisierungsabkommen, die zur Zeit zwischen der Europäischen Union und den so genannten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) verhandelt werden. Die Kleinbauern und -bäuerinnen sind jedoch gekommen, um genau hiergegen zu demonstrieren – denn in Afrika wird nur eine kleine Elite wie der Herr des „Flowercouncil“ von den EPAs profitieren. Alle anderen, insbesondere die afrikanischen Kleinbauern werden noch mehr verlieren, als sie ohnehin schon in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch die so genannten Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank verloren haben.

**D**u importierst chemiefrei angebauten Kaffee direkt aus Kamerun. Außerdem setzt du dich für den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe ein. Wie bist du dazu gekommen?

Meine Eltern sind Kaffeebauern. Als Kamerun Anfang der 1990er Jahre vom IWF gezwungen wurde, seinen Kaffeemarkt zu liberalisieren, gingen unsere Einnahmen auf einen Schlag um 90 Prozent zurück. Meine jüngeren Geschwister konnten deshalb nicht mehr die weiterführende Schule besuchen. Das ist nur eines von vielen Beispielen.

**Weshalb ziehen sich die Bauern und Bäuerinnen nicht aus dem Weltmarkt zurück und produzieren stattdessen für lokale Märkte bzw. den eigenen Bedarf?**

Kaffee ist die einzige Möglichkeit, an Bargeld zu kommen. Und das braucht jeder – zum Beispiel für Salz, Schulbücher, Medikamente oder Petroleum. Eigentlich sollten die Bauern Überschüsse produzieren und in der Stadt verkaufen. Doch dort haben sie keine Chance gegen das subventionierte Billig-Gemüse aus Europa. **Und früher?**

Früher wurde nur getauscht. Aber mit der Einführung von Geld als Tauschmittel haben die Menschen ihr traditionelles Wissen verloren, wie das überhaupt geht, Ware gegen Ware so

Schon jetzt ist es so, dass europäische Produkte durch den Zwang zur Liberalisierung die afrikanischen Märkte zerstören. Die Verzweiflung der Bau-

## Der Widerstand wächst

Soziale Bewegungen in Afrika machen mobil gegen EPA-Verträge

ern ist groß: „Die Leute werden zur Exportproduktion angehalten. Wenn sie dann aber mit ihren Ananas den ganzen Tag unterwegs sind, um die geernteten Früchte bei der Fabrik zu verkaufen, werden sie zurückgeschickt – kein Bedarf, heißt es nur“, berichtet ein Vertreter der ghanaischen Bauerngewerkschaft GAWU. Mit den EPAs sollen nun die Zölle weitestgehend abgeschafft und eine umfassende Liberalisierung veranlasst werden, sowohl von Investitionen als auch im öffentlichen Beschaffungswesen. Die Aufhebung der Zölle wird zu einer weiteren Zunahme von Billigimporten führen und die Entwicklung einer heimischen Industrie einmal mehr behindern. Die Liberalisierung von Investitionen wird es den

auszutauschen, dass es sich gerecht anfühlt. Sie möchten heute ihre Produkte lieber mit Geld bezahlen. Davon gibt es jedoch viel zu wenig, hierdurch ist alles blockiert.

**Was sollte aus deiner Sicht geschehen?**

Die Menschen brauchen Kleinkredi-

Regierungen zudem verunmöglichen, Auflagen für ausländische Direktinvestitionen zu erlassen - mit verheerenden Folgen für die Umwelt, Ar-

beitsrechte, Steuereinnahmen. Darüber hinaus kann durch die Liberalisierungen des öffentlichen Beschaffungswesens keine gezielte Förderung heimischer Produkte mehr stattfinden. Programme wie in Ghana, die nur regionalen Reis in öffentlichen Einrichtungen erlauben, wären damit ad acta gelegt.

Aber es regt sich Widerstand. Zwar sind die Bauernbewegungen in Afrika weniger gut und schlagkräftig organisiert wie in Indien oder Lateinamerika – das hat nicht zuletzt mit der Kolonialgeschichte und der komplizierten Landverteilung zu tun. Dennoch haben sich spätestens mit dem Widerstand gegen die EPAs überall in Afrika Netzwerke von Kleinbauern gebildet – einige sind noch in der

werden. Erst dann haben die ‚freigesetzten‘ Kinder der Bauern eine reelle Chance, etwas anderes als Landwirtschaft zu machen. Das gehört alles zusammen, man kann nicht von der Landwirtschaft sprechen, ohne die Entwicklung der Gesamtgesellschaft zu berücksichtigen.

Gründungsphase, andere gibt es schon seit Jahrzehnten. So übt das westafrikanische Netzwerk ROPPA (Réseau des Organisations Paysannes et de Producteurs Agricoles de l’Afrique de l’Ouest) aus Kleinbauern und Fischern seit langem Druck auf die heimischen Regierungen aus, dass diese ihre Unterschrift unter den

Vertrag verweigern mögen. Bauern in anderen Regionen zögern noch mit Demonstrationen – insbesondere weil sie Repressionen fürchten. So wurden Bauern vor zwei Jahren im vergleichsweise demokratisch regierten Kenia bei einer Demonstration gegen die Welthandelsorganisation WTO verhaftet. Die Blumen-Demonstration in Nairobi war die erste seit langem. „Und wir würden es immer wieder machen – wenn wir uns der Solidarität in und außerhalb Afrikas sicher sein können“ sagt einer der kenianischen Bauernvertreter. Die Bewegungen in Europa sind also aufgefordert, diese Solidarität praktisch werden zu lassen und gemeinsam für ein „Stopp EPAs“ zu kämpfen. [www.stopepa.de](http://www.stopepa.de)

sich noch nicht einmal von ihrer Ernte hinreichend ernähren. Deshalb sage ich: Wohlstand ist Befriedigung von Grundbedürfnissen. Zudem ist es mir wichtig, dass wir in der Landwirtschaft nachhaltig produzieren und konsumieren. Eine Tomate von Spanien nach Kamerun zu fliegen, ist auch ein irrsinniger Ressourcenverbrauch.

**Aber reicht das? Was ist mit anderen Machtverhältnissen, zum Beispiel den aktuellen Verhandlungen zu den EPA-Freihandelsabkommen?**

Natürlich, dagegen muss man etwas tun, aber das möchte ich lieber hier machen, beispielsweise

beim G8-Gipfel in Heiligendamm. In Kamerun hingegen werde ich keine Minute damit verschwenden, Proteste gegen die Regierung zu organisieren. Die unterschreiben eh alles, denen genügt es, wenn sie 2 oder 3 Millionen Euro Entwicklungshilfe erhalten, womit sie ihre Beamten bezahlen und dicke Mercedes kaufen können. Deren einziger Zweck ist Machterhalt. Da mache ich mich lieber für regionale Entwicklung stark. Selbstverständlich bin ich auch für Entwicklungen jenseits des Marktes offen, nur kenne ich bislang noch nichts Überzeugendes.

## „Wohlstand ist Befriedigung von Grundbedürfnissen“

Gespräch mit Morin Kamga über Kaffee-Handel und Wege aus der Weltmarkt-Abhängigkeit

te. Nur so können sie das kaufen, was sie tatsächlich benötigen – auch wenn ihr Geld von der letzten Ernte bereits aufgebraucht ist. Zusätzlich könnten sie eigene wirtschaftliche Aktivitäten entfalten, auch außerhalb der Landwirtschaft. Von beidem würde die regionale Wirtschaft profitieren. Ich habe deswegen einen Antrag gestellt, regionales Geld in meiner Heimatregion einführen zu können.

**Also Kleinkredite als Patentmittel?** Nein, es ist auch erforderlich, die Landwirtschaft mit Unterstützung des Staates zu mechanisieren, damit nicht mehr das gesamte Arbeitsvermögen einer Familie in der Kaffeeproduktion gebunden ist. Gleichzeitig muss das Schulsystem entwickelt

**Heißt das, dass die Bauern ganz aus dem Kaffeehandel aussteigen sollten?** Nein, die Produktivität muss erhöht werden. Die Bauern sollten nicht mehr wochenlang Tätigkeiten verrichten, die auch mit Hilfe eines Traktors in zwei oder drei Tagen machbar sind. Nur so können sie im Wettbewerb mithalten und hätten dennoch genug Zeit, ihre Produktion schrittweise umzustellen und auf den regionalen Markt auszurichten. Im übrigen muss der Staat den Genossenschaften auch beim Transport und bei der Vermarktung helfen. **Deine Vorschläge klingen relativ pragmatisch...**

...ja, ich gehe von der konkreten Situation aus. Viele Kleinbauern können

### Reader & More

In dieser Zeitung geht es vor allem um die unmittelbaren Auswirkungen des globalen Agrobusiness. Vieles bleibt dadurch unbesprochen oder nur am Rande erwähnt. Es fehlen etwa weitergehende Analysen zu a) *slum cities* als Kehrseite von Landflucht, b) Veränderungen der patriarchalen Geschlechterverhältnisse im Zuge der Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen und c) gestiegener Abhängigkeit von Nahrungsmittelpreisen – einschließlich des Verlustes eigenständiger Entwicklungsperspektiven im Süden. Hierzu findet sich das eine oder andere in unserem 80-seitigen Reader (Bestellung: vgl. Impressum)

### Infotour & Solidarität

(Fortsetzung Seite 1) Im Laufe der Tour werden wir Orangen auf öffentlichen Plätzen an PassantInnen verschenken – abgepackt in 1-Kilo-Säckchen. Wir möchten die Menschen einladen, zumindest kurz bei der Frage zu verharren, weshalb Kaffee, Orangen oder Paprika in hiesigen Supermärkten zu derartigen Spottpreisen verkauft werden, wie das regelmäßig der Fall ist. Unsere Orangen kommen aus einer selbstverwalteten biologischen Agrargenossenschaft in Südspanien. Auch wenn wir die Orangen verschenken, rufen wir zu Spenden für ein neu eröffnetes Gewerkschaftszentrum der andalusischen LandarbeiterInnengewerkschaft SOC auf. In der SOC sind vornehmlich migrantische LandarbeiterInnen organisiert. Spenden sind willkommen an: Umweltgruppe Ökogeist e.V., Konto: 314 000 233 4, BLZ 170 520 00, Sparkasse Barnim, Stichwort: „Globale Landwirtschaft“.

### 17.04. Global Action Day

17. April – globaler Aktionstag von Via Campesina (vgl. Seite 1) – lasst uns ihre Kämpfe nach Europa tragen – beteiligt Euch an dezentralen Aktionen in ganz Deutschland – besetzt ein Stück Land – organisiert einen Filmabend – macht einen kritischen Stadtpaziergang – schon dabei: Berlin, Witzenshausen, Bremen – und ihr? – bei Interesse email an: [aktionstag17\\_4@yahoo.de](mailto:aktionstag17_4@yahoo.de)

### 21.05. Genbank-Protest

Landwirtschaft braucht Saatgut. Machen Pflanzenkrankheiten eine bestimmte Sorte untauglich, müssen neue Sorten gefunden oder gezüchtet werden. In Genbanken werden dafür alte Sorten gesammelt und erhalten. Damit Saatgut keimfähig bleibt, muss es regelmäßig ausgesät und sortenrein geerntet werden. Wird neben Feldern mit alten Sorten eine gentechnisch manipulierte Sorte der gleichen Pflanzenart ausgesät, droht Kontamination! Genau das hat die öffentliche Genbank in Gatersleben vor: Dicht bei den Feldern mit alten Sorten, werden Gentech-Weizen und -Erbsen ausgebracht. Gegen diese widersinnige Bedrohung des riesigen Schatzes an alten Sorten werden wir am 21. Mai., das heißt einen Tag vor dem Tag der biologischen Vielfalt, mittags in Gatersleben auf die Straße gehen. Außerdem: Für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt als Gemeingut, 3. Europäisches Seminar vom 19. bis 20. Mai in Halle/Saale BRD

### 03.06. G8-Gipfel 2007

In der Gesamtchoreografie der Gipfelproteste ist der 03.06. dem Thema „Globale Landwirtschaft“ gewidmet. An diesem und womöglich weiteren Tagen werden verschiedene Gruppen und Menschen praktisch zum Ausdruck bringen, dass sie mit der gentechnologischen Manipulation von Saatgut nicht einverstanden sind – egal, ob es sich um Labor- oder Freilandversuche handelt. Auch der brutalen Preispolitik von Supermarktketten soll eine klare und deutliche Abfuhr erteilt werden: Aktionstag zwischen Rostock und Groß Lüsewitz (incl. Rally).

### Impressum

Vi.S.d.P.: Heinz Wittmer, Heidelberg  
Fotos: Fotofraxia Athen, Lisa Boyles, Marco del Pra', Layout: Umbruch  
Kontakt E-Mail: [g8\\_landwirtschaft@yahoo.de](mailto:g8_landwirtschaft@yahoo.de)  
Spenden vgl. Solidarität